Amtliche Bekanntmachung

7 K 21/25

Amtsgericht Mülheim an der Ruhr

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 25.11.2026, 11:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal 210, Georgstraße 13, 45468 Mülheim an der Ruhr

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Broich, Blatt 1601,
BV lfd. Nr. 8
Gemarkung Broich, Flur 12, Flurstück 983, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Holzstr. 22/24, Größe: 316 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten:

Das Grundstück ist bebaut mit einem Mehrfamilienhaus mit zwei Hauseingängen („Holzstr. 22“ und „Holzstr. 24“) und mit einer Garage.

Gem. vorliegender Pläne besteht das Objekt „Holzstr. 22“ aus 4 Wohnungen und das Objekt „Holzstr. 24“ aus 5 Wohnungen. Das Baujahr ist ca. 1910 (gemäß sachverständiger Schätzung); Dachgauben und Anbauten Innenhof: nach 2017 (gem. Aktenvermerk in Bauakte).

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 22.09.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

494.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.